

Thüringer Landtag - 48. Sitzung - 23.03.2011

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: *"Stärkung der Schulsozialarbeit durch die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Thüringen"*

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, die zentrale Frage, die heute hier in dieser Aktuellen Stunde auch angesprochen wird von uns allen, ist: Will Thüringen ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit, ja oder nein? Ich glaube, wir sind uns alle einig, Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit an Schulen. Die Frage ist aber: Wollen wir sie bedarfsgerecht, das heißt, wollen wir sie flächendeckend überall oder ausgewählt? Das ist der zentrale Punkt, um den sich heute auch hier die Debatte drehen sollte.

Ich will noch mal einen Blick zurückwerfen. Acht Wochen zähe Verhandlungen hat sich das hingestreckt, das Verfassungsgerichtsurteil und die verfassungskonforme Ausgestaltung der Regelsätze zu besprechen. Am Ende stand ein Kompromiss, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bund nicht mitgetragen haben. Ich will aber auch sagen, dass wir während der Verhandlungsphase ganz bewusst beim Bildungs- und Teilhabepaket auch darauf gesetzt haben, Verbesserungen zu integrieren. Wir haben die Regierung überzeugen können, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe nicht nur für Kinder gelten dürfen, deren Eltern Hartz IV beziehen, sondern auch deren Eltern Wohngeld bekommen oder den Kinderzuschlag.

Das heißt, wir haben das ausgeweitet und sind darüber auch nach wie vor froh, dass das aufgenommen wurde.

Wir GRÜNE und übrigens auch die SPD konnten gemeinschaftlich in diesem Prozess argumentieren, dass das gemeinschaftliche Mittagessen für Kinder erstattet wird. In vielen Punkten standen sich GRÜNE und SPD in diesen Verhandlungen auch sehr nahe. Dann kam aber auch der entscheidende Punkt, der hat unter anderem auch was mit dem Paket zu tun, worüber heute hier gesprochen wird, das Paket der Schulsozialarbeit.

Da hat uns eben nicht gereicht, dass das Ganze nicht langfristig angelegt ist, sondern ab 2014 die Kommunen in die Bresche springen müssen. Uns hat nicht gereicht, sich festzulegen, die Finanzierung bis 2013 zu sichern, uns hat auch nicht gereicht, dass die

Grundsicherung im Alter nicht angesprochen wird. Es gibt nach wie vor keine verbindliche Verpflichtung, von dem Geld im übrigen auch wirklich Schulsozialarbeit zu finanzieren. Das ist eines der großen Probleme, die wir gesehen haben, weswegen auch am Ende wir diesen Kompromiss nicht mittragen konnten.

Jetzt hat Frau Pelke, die leider gerade nicht mehr hier ist, sehr eindrücklich gesagt, es geht darum, Qualität zu sichern, und es geht auch darum, dieses Geld nachhaltig einzusetzen. Qualität kann man sicher erwarten, indem man entsprechend gutes Fachpersonal einsetzt. Aber Sie erreichen eine gute Qualität ja nicht nur über gutes Personal, sondern wenn dieses Personal an den Schulen auch langfristig und kontinuierlich mit den Kindern arbeiten kann.

Deswegen ist von Anfang an die Crux des Ganzen, dass Kontinuität nicht gewahrt ist. Ich kann deswegen nur unterstützend der Frage Ausdruck verleihen, die Herr Koppe angesprochen hat, nämlich die Frage nach der Finanzierung nach 2014. Das hat mich doch schon erstaunt, dass ausgerechnet die FDP, das liegt vielleicht auch daran, dass der haushaltspolitische Sprecher heute nicht da ist, sagt, dass sie sich darum kümmern will, dass nach 2014 die Finanzierung gesichert ist.

Es ist klar, bis 2013 reicht uns nicht. Ab 2014 muss das Ganze weitergehen und uns reicht auch nicht zu sagen, wir bemühen uns, 200 Schulen zu versorgen, im übrigen vor allen Dingen auch die Gemeinschaftsschulen, sondern es geht darum, allen Schulen diese Möglichkeit zu geben, auch allen Kindern diese Möglichkeit zu geben, das verstehen wir unter guter flächendeckender bedarfsgerechter Schulsozialarbeit. Vielen Dank.